

**Jean-Daniel Strub, Stefan Grotefeld (Hrsg.), Der gerechte Friede zwischen Pazifismus und rechtem Krieg. Paradigmen der Friedensethik im Diskurs, Stuttgart (Verlag Kohlhammer) 2007.**

Etwa 1500 Jahre lang war der gerechte Krieg, den Augustinus (354–430) in die christliche Theologie eingeführt hat, das Paradigma großkirchlicher Friedensethik. In eine Krise geriet es angesichts des alles vernichtenden, und daher nicht mehr führbaren Nuklearkrieges. Nach dem Ende des Kalten Krieges droht nicht mehr jede Anwendung militärischer Gewalt in einen Atomkrieg zu eskalieren. Dennoch sind die Großkirchen nicht zum Paradigma des gerechten Krieges zurückgekehrt, auch haben sie nicht das des Pazifismus adaptiert, sondern haben in ihren neuesten Dokumenten das des gerechten Friedens eingeführt. Der vorliegende Band wurde publiziert, nachdem sich die katholische Kirche und kurz bevor sich die evangelische Kirche auf dieses Paradigma festgelegt hatten. Insofern spiegelt der Band eine Phase der Elaboration und Rezeption dieses neuen Paradigmas.

Was leistet das neue Paradigma gegenüber den traditionellen? In welcher Weise löst es seinen Anspruch ein, Sicherheits- und Gerechtigkeitsfragen in einem friedensethischen Ansatz zu synthetisieren? In welcher Weise taugt das neue Paradigma als Handlungsperspektive von Politik? Das sind die drei Leitfragen, denen die Herausgeber jeweils ein Hauptkapitel zugeordnet haben. In diesen werden verschiedene Fragestellungen nach dem Muster von Hauptreferat und Erwidern bearbeitet, womit das Muster der Studententagung beibehalten wurde, aus dem die Publikation hervorgegangen ist.

Im ersten Hauptkapitel (Pazifismus und gerechter Krieg) diskutieren O.L. Müller und H. Baumann die Zukunftstauglichkeit eines Pazifismus, für den die regulative Idee bestimmend ist, dass es (fast) immer eine Alternative zum Einsatz militärischer Gewalt gibt. W. Lienemann vertritt einen Verantwortungspazifismus wie ihn J. Delbrück vertritt, für den die Unterscheidung von eigenmächtiger Gewaltanwendung als verbotener Krieg und vergemeinschafteter Gebrauch militärischer Gewalt als Rechtserzwingung konstitutiv ist. S. Grotefeld möchte hier

allerdings lieber von einem Pazifismus sprechen.

B. Merker geht es um die Fortentwicklung der Lehre vom gerechten Krieg in einer Welt, in der der Begriff Krieg als zwischenstaatlicher Auseinandersetzung an Sinn verliert. Gerechter Krieg wäre denn jede legitime Gewalt gegen Unrechtsgehalt mit dem Ziel der Wiederherstellung von Frieden – zwischen oder in Staaten. B. Bleisch hält allerdings den Begriff der ‚neuen Kriege‘ für zu unpräzise und verlangt eine stärkere Einbeziehung des Phänomens Terrorismus. Vor allem könne es ihrer Ansicht nach keine Erlaubnis zur Intervention ohne entsprechende Verpflichtung geben.

Den zweiten Hauptteil (Der gerechte Friede), der unmittelbar dem Paradigma „gerechter Friede“ gewidmet ist, eröffnet P. Allain, indem er dieses eher als ein Konzept des peacemaking, also der Schaffung eines elementaren Friedens, konzipiert. Zu diesem gelangen die Konfliktpartner, indem sie eine Art Verhaltenskodex in gemeinsamer Sprache finden, der nicht auf apriorischen Gerechtigkeitsprinzipien beruhe, sondern ausgehandelt werden müsse. Dabei komme es vor allem darauf an, dass sich jede Seite in die andere hineinsetze und sich auf einen Prozess der Identitätsveränderung unter Wahrung des Rechts auf Unaufgebbares einließe. Demgegenüber wendet T. Tilley-Gyado ein, dass offen bleibe, wer wen mit welcher Befugnis in diesem Aushandlungsprozess repräsentieren dürfe; eine Frage, deren Beantwortung nicht wieder ausgehandelt werden könne.

H.-R. Reuter entwickelt ein im Wesentlichen apriorisches Konzept des gerechten Friedens als eines Prozessmusters einer umfassend an Frieden und Gerechtigkeit orientierten Politik. Die Forderung nach Gerechtigkeit könne zu Krieg führen, wie im Namen des Friedens höchst ungerechte Unterdrückungsverhältnisse verstetigt werden können. Es gehe vielmehr darum, Gerechtigkeit und Frieden so dynamisch aufeinander zu beziehen, dass sowohl Frieden gestiftet bzw. erhalten und Gerechtigkeit realisiert werden könne.

Der Prozess eines gerechten Friedens beruhe auf drei ineinander greifenden Faktoren. Christliche Friedenspraxis leitet sich aus dem Frieden Gottes ab. Als poli-

tisches Leitbild bilde der gerechte Friede „ein Prozessmuster abnehmender Gewalt und zunehmender politischer und sozialer Gerechtigkeit“ (S. 179). Schließlich fordere dieses Paradigma die Errichtung einer, an vorpositiven Legitimationsansprüchen ausgerichteten Rechtsordnung. Reuter denkt hier an eine „kooperativ verfasst(e) Weltgesellschaft ohne Weltregierung“ (S. 182), indem notfalls Menschenrechte grenzüberschreitend geschützt werden; allerdings erst dann, wenn ein Staat „die Entrechtung seiner Bürger“ betreibe. Dabei sei an „Menschenrechtsverbrechen wie Völkermord, Versklavung oder Vertreibung nationaler, ethnischer oder religiöser Gruppen mit Vernichtungsabsichten“ (S. 185) gedacht.

J.-D. Strub ist höchst skeptisch, ob der Begriff ‚gerechter Friede‘ etwas konzeptionell Neues bringe. Dies wäre nur dann der Fall, wenn gerechter Frieden normativ angereicherter wäre als das, was man üblicherweise als negativen Frieden bezeichnet – nämlich eine immer mehr sozial und räumlich um sich greifende, beständig-verlässliche Abwesenheit von Gewalt – und zugleich nicht so überladen wie der positive Frieden. Wirklich weiterführend wäre das neue Paradigma allerdings, wenn es die Bedingungen elaborieren würde, „welche die Entstehung nachhaltigen oder eben gerechten Friedens ermöglichen“ (S. 199).

Schon bei Augustinus, so M. Haspel, finde sich der Begriff ‚gerechter Friede‘. In der Gegenwart habe nicht erst die Ökumenische Versammlung in der ehemaligen DDR diesen zum Zentralbegriff kirchlicher Friedensethik erklärt, sondern vorher die United Church Christ, die sogar den Begriff der ‚Just Peace Church‘ geprägt habe. Haspel plädiert dafür, das Paradigma des gerechten Friedens im Sinne einer normativen Theorie der internationalen Beziehungen auszugestalten, die auf vier Säulen basieren solle: Menschenrechte, Theorie der internationalen Gerechtigkeit, Konzepte für Instrumente gewaltfreier Konfliktbearbeitung sowie eine Strategie zur Implementierung dieser drei Säulen. Dazu würde auch die Elaboration von Legitimationskriterien für die Anwendung militärischer Gewalt gehören. Eine normative Theorie, die diese Ansprüche erfülle, läge im friedens-

zentrierten Kosmopolitismus schon vor, so die Entgegnung von S. Dänzer.

Im dritten Teil (Politik des Friedens) geht es um die „Einbettung einer Theorie des gerechten Friedens in die konkrete internationale Friedens- und Sicherheitspolitik“ (S. 13). Er wird eröffnet mit einem kraftvollen Bekenntnis von F. Cheneval zur europäischen Integration als einer friedenserhaltenden Kraft. Gerade weil die EU kein territorial definierter Staat sei, sondern nur „jene Teile der Wirtschaft, die zur Kriegsführung unabdingbar sind, einer surpranationalen und zivilen Hoheit“ (S. 242) unterstelle, werde sie zum einen von außen nicht als bedrohlich wahrgenommen, und könne mit ihrer Offenheit für weitere Mitglieder gerade die empirisch festgestellte Kriegsneigung von Staaten im Übergang zur Demokratie domestizieren. M. Schefczyk bezweifelt auch, dass unter dem gegebenen internationalen System ein Staat Europa notwendigerweise als Bedrohung wahrgenommen werden und eine entsprechende Hochrüstung bei anderen Machtzentren auslösen müsse. Auch könnte ein Staat andere Staaten aufnehmen. Ein Prozess zu mehr Staatlichkeit in der europäischen Integration müsse daher nicht notwendigerweise deren Friedensmacht untergraben.

Die Amerikanerin E. B. Elshstain traut surpranationalen und internationalen Institutionen auf unabsehbare Zeit wenig in Blick auf die Geltung der Menschenrechte und die Wahrung des Friedens zu. Sie setzt ihre Hoffnung vielmehr auf mächtige Staaten, oder auf der Idee der Menschenrechte und Demokratie beruhenden Staaten wie die USA. Diese sollten nicht nur dort aus eigener Autorität intervenieren, wo ihre eigene Sicherheit bedroht ist, sondern überall wo die Menschenrechte mit Füßen getreten werden und der Friede verletzt wird.

Geradezu das Gegenprogramm zu Elshstain vertritt abschließend V. Zanetti. Sie hält die Vorstellung eines Rechts auf Präventivkrieg, verstanden als ein Verteidigungskrieg, der geführt wird, ohne dass sich ein Angriff in entsprechenden Tatsachen manifestiert, sondern sich auf unterstellte Intentionen beruft, für mit der Idee eines Friedensrechts für unvereinbar. Denn die Bereitschaft eines Staates zum Präventivkrieg legitimiert selbst einen Präventivkrieg der anderen

Staaten. Das Völkerrecht kennt aber bereits Instrumente z.B. auf terroristische Bedrohungen angemessen zu reagieren. Nach dem Statut des Internationalen Strafgerichtshofs ist die Verantwortlichkeit von Staaten nicht mehr konstitutiv für Menschenrechtsverbrechen. Allerdings räumt auch Zanetti ein, dass „es für das Funktionieren und die Glaubwürdigkeit des Sicherheitsrats unabdingbar (ist), dass er sich mit Krisenstäben und handlungsbereiten Interventionstruppen ausstattet, die zu unmittelbarer Reaktion fähig sind“ (S. 281).

Mit seinen höchst lesenswerten 16 Einzelbeiträgen deckt der Sammelband ein weites Spektrum der heute in der Friedensforschung diskutierten Fragen ab. Damit ist er zugleich eine sehr gute Einführung in die vielen Einzelbaustellen der friedensrelevanten Disziplinen.

Im Blick auf die Diskussion zwischen Müller und Baumann müsste genauer zwischen den verschiedenen Kriterien für einen gerechten Krieg unterschieden werden, insbesondere zwischen einem gerechten Kriegsgrund und dem Prinzip des *minus malum*. Wenn ein Krieg ein größeres Übel anrichten würde, als er verhindern oder beenden will, bedeutet dies nicht, dass kein hinreichend gravierendes Übel für die Legitimation von Gewalt vorliegt. An Lienemann und Grotefeld könnte man die Frage richten, ob der Prozess der Vergemeinschaftung militärischer Gewaltanwendung notwendigerweise jegliche Anwendung nicht von den UN autorisierter Gewalt ausschließt. Wäre es nicht möglich, unilaterale Gewaltanwendung derart an Kriterien zu binden, dass sie selbst zum Motor ihrer Überwindung wird? Hinsichtlich der Ausführungen von Merker und Bleisch hätte man sich eine stärkere Berücksichtigung der deutschen Diskussion über die Anschlussfähigkeit der Lehre vom gerechten Krieg an die Gegenwart gewünscht. Was die Ausführungen zum Paradigma des gerechten Friedens anbelangt, kann man die Rückfragen von Strub nur unterstreichen. Was die Darlegungen von Reuter betrifft, könnte man anmerken, dass er mit seiner These, dass christliches Friedenshandeln aus Frieden, im Frieden sowie auf Frieden hin geschieht und dies auch für die notwendige Gewaltanwendung gilt, einen zentralen Gedanken der Lehre vom ge-

rechten Krieg aufnimmt. Bezüglich des dritten Kapitels müsste der Bezug zum Paradigma des gerechten Friedens noch hergestellt werden. Könnte auch eine Position, wie sie Elshstain vertritt, in der es ja auch um universale Gerechtigkeit geht, diesem Paradigma zugerechnet werden?

Der Sammelband spiegelt anschaulich die Zergliederung der Diskussionslandschaft wieder. Die verschiedenen Paar-Diskussionen stehen einigermaßen disparat nebeneinander. Die Leistungsfähigkeit und Grenze des friedensethischen Paradigmas des gerechten Friedens im Vergleich zu den herkömmlichen des Pazifismus und des gerechten Krieges wird kaum diskutiert. Im ersten Teil fällt der Begriff „gerechter Friede“ höchst gelegentlich, im dritten überhaupt nicht. Dabei wäre z.B. im Blick auf die Tradition zu prüfen, ob und wie dort jene Anliegen gewahrt wurden, von denen das neue Paradigma getragen wird. Ferner springt ins Auge, dass zwar viele evangelische Theologen, die katholische Theologie bzw. die katholische Diskussion gar nicht vertreten ist. Insofern könnte man sagen, dass ein sehr guter Einblick in die Werkstatt evangelischer Friedensethik geboten wird, der nach Erscheinen der neuesten Friedensdenkschrift an Bedeutsamkeit eher gewonnen hat.

Gerhard Beestermöller

**Gerhard Beestermöller u. Heinz-Gerhard Justenhoven (Hrsg.), Streit um die iranische Atompolitik: Völkerrechtliche, politische und friedensethische Reflexionen, (Verlag Kohlhammer) 2006.**

Since the invasion of Iraq in 2003 and the consequential overthrow of Saddam Hussein's Ba'athist regime, the question of what will become of the other two states in the so-called "Axis of Evil" – namely, the Islamic Republic of Iran and the Democratic People's Republic of North Korea – has been on the minds of many, both in and out of academic and government circles. World attention as of late has been focused acutely on Iran, as in early 2006 negotiations with the government of President Ahmadinejad on the future of the Iranian nuclear program seemed to stall, if not break down completely. It is thus no surprise, and indeed timely, that a book such as "Streit um die

Iranische Atompolitik,” has been recently published in an effort to address the Iranian nuclear question. This review will focus on three articles in this collected edition that deal with three of the most important aspects of the current debate over Iran: the position of the EU-3/EU, the position of the United States, and an analysis of why these positions differ so.

In the first article, “The E3/EU-Position in the Nuclear Conflict towards Iran,” Ger- not Erler discusses briefly how the EU-3 – France, Germany and Great Britain – have approached the issue in the past, as well as the likely future approaches that the bloc will attempt in an effort to defuse the situation. Erler clearly and succinctly describes these diplomatic efforts, but sadly seems to lack any sort of analysis of what has worked and what has not, making this article seem to be almost a governmental position statement.

That said, Erler does make several important points. Firstly, this dispute is not one purely between EU and Iran, but rather one between Iran and the international community at large. Secondly, the rights of Iran to a peaceful use of nuclear energy for civilian purposes – guaranteed under the Nuclear Non-Proliferation Treaty – are not in dispute. The third, and perhaps most important point that Erler makes goes straight to the heart of the issue: this current dispute has arisen as a result of Iran’s inability to build confidence in the international community that its nuclear program will be purely peaceful, due mostly to its non-compliance with the International Atomic Energy Agency (IAEA), and its consistently belligerent and threatening rhetoric.

A state that thus threatens its neighbours (most notably Israel) could conceivably turn that rhetoric into action, and if allowed to develop a nuclear capability under false pretenses, could back up that action with nuclear force. In sum, Erler presents both the case of the EU-3/EU and their proposed solution very succinctly and objectively, although his article lacks an analysis of the situation which could help give greater insight into the situation for academics, policy makers, and laypeople.

It is more or less agreed in the West that a nuclear-capable Iran could be an enormously destabilizing influence in an

already unstable region of the world. It is for this reason that the actor highlighted in the next article, the United States, finds the prospect completely out of the question and to be opposed, even at the cost of military action.

Jack Mendelsohn’s article, “US Foreign Policy, the Iran Problem and Next Steps,” presents the Iranian nuclear crisis from the perspective of the EU-3/EU’s negotiating partner, the United States. The article begins with a brief history and exhibition of four current movements within American political thought, and exemplified by the Bush Administration: unilateralism, realism, triumphalism, and exceptionalism. Mendelsohn very convincingly explains how the combination of these four traits has led to a kind of hubris in the way that the US deals with the international community. This hubris, Mendelsohn argues, means that at best the United States seems to consider itself above international organizations and conventions, and at worst considers these groups and agreements detrimental to US national security (read: the ability to act unilaterally to ensure the achievement of American national interests). Thus, either perspective would make the United States less willing to cooperate with its international allies and partners – except on their own terms – making cooperation in negotiation difficult, if not impossible, especially with regard to Iran.

It is on this topic – ineffective cooperation surrounding negotiations with Iran – that the third, and perhaps the most enlightening of the three articles focuses. In this article, “Transatlantische Friktionen: Europa und die USA im Streit um Entmachtung oder Zählung der iranischen Mullahs,” Hans J. Gießmann attempts to bring to light intrinsic differences in the negotiating positions of the EU3/EU and the United States regarding how to handle the Iranian nuclear crisis.

Beginning with the frictions that developed between the EU and the US as a result of the American invasion of Iraq, Dr Gießmann proceeds to outline the positions of the EU and US on negotiations. The Americans believe that negotiation is irrelevant, as they see the regime in Iran as being both illegitimate and a material supporter of terrorism (qualities that Gießmann aptly notes were ascribed to

the regime of Saddam Hussein in Iraq prior to the 2003 invasion), and that a military “adventure” against Iran may well be inevitable. On the other hand, the Europeans believe that it is possible, and indeed desirable to deal with the Iranian regime to solve the crisis diplomatically instead of wielding the often-brandished US foreign policy tool of military intervention (or the threat thereof), which would risk throwing the entire region into further chaos and disorder.

Unlike the two previous articles, Gießmann goes much deeper in this article than simply stating positions. The rest of the article is devoted to why these transatlantic partners have such differing positions. To be succinct, the US simply does not seem to take conventions in international relations as seriously as Europe does, tending instead to see international relations from a purely Machiavellian perspective – thus, statements to the effect of “you’re either with us or against us,” become a *modus operandi* in American foreign policy. Europeans, on the other hand, are far more willing to seek the compromise option. The Americans also tend to view individual freedom and “moral” actions on the international stage as being more important than the traditional role of the state outlined in the Treaty of Westphalia, something still essential to European states.

Paramount to understanding the difference between the US and the EU3/EU’s negotiating positions in the Iranian crisis is how the two parties view and relate to international organizations. Although the US was crucial to the formation of the United Nations – the Americans were instrumental in drafting the UN Charter – the US views the UN, and corresponding international law with disdain, in the best of cases as merely a means to an end. The EU, on the other hand, views the UN and international law as being fundamental cornerstones of the current world order. It is not hard to imagine then that the EU becomes irritated with the Americans’ disregard and occasional misuse of systems that they hold so dear.

Considering these two different perspectives on the sanctity of international convention, it is no surprise that the EU and the US have vastly different perspectives on the nuclear Non-Proliferation Treaty (NPT), especially in relation

to Iran. The EU recognizes the Iranian's right to nuclear power under Article IV of the NPT and has offered very generous compromise options to placate both the Iranians and Americans; despite the assurances that these compromises offer, the Americans continue to fear that this legal loophole will be used unscrupulously to arm an already threatening country with nuclear warheads.

These three articles, and indeed the volume "Streit um die iranische Atompolitik" itself are a worthwhile read for anyone, scholar or layman, seeking to understand the background and current developments in the Iranian nuclear crisis. Despite these valuable insights and proposed plans of action regarding this issue, the core questions of the matter still remain: can Iran, despite the many failings of its regime, be trusted to peacefully develop and use the nuclear energy to which it is entitled under the NPT? Shall the EU3/EU and the US continue to attempt a diplomatic solution, or resort to military force preemptively against an unfriendly, possibly untrustworthy regime?

Gießmann states that this is a test for the solidarity and credibility of the European Union and NATO, as well as for the West as a whole. This is very much the case; despite the differing perspectives across the Atlantic, the West must rise to the occasion and solve this crisis soon, before it risks losing all face in a manner similar to that of the League of Nations in Ethiopia in 1935. Two things remain certain, however: given the stretched resources of the Americans and the general malaise of the Europeans towards a military option, invasion is improbable, if not impossible. Also, if diplomacy continues – which it must – the EU3/EU and the US must be careful that any compromise cannot be construed as appeasement, either now or in the future. Despite these risks though, diplomacy must be the answer; if for nothing else than to prove that it still can be.

Rob MacDonald

**Gute Medien – Böser Krieg? Medien am schmalen Grat zwischen Cheerleadern des Militärs und Friedensjournalismus. Veröffentlichungen des österreichischen Studienzentrums für Frieden und Konfliktlösung (Hrsg.), Wien (LIT Verlag) 2007.**

Die Rolle der Medien in der Kriegsberichterstattung hat sich in der letzten Hälfte des 20. Jahrhunderts massiv verändert. Spätestens der Vietnamkrieg, der über Fernsehen und Rundfunk in die Wohnzimmer getragen wurde, verdeutlichte die neue Macht der Medien. Mit dem Fernsehen und in den letzten Jahren mit dem Internet sind Instrumente entstanden, die durch ihre Aktualität und Bildgewalt die Menschen in einem stärkeren Maß beeinflussen, als es die Zeitung oder das Radio je konnten.

Das Buch „Gute Medien – Böser Krieg“ beschäftigt sich mit der neuen Bedeutung der Medien, deren Freiheit, der Gefahr der Instrumentalisierung durch Politik oder Militär, aber ebenso mit der objektiven, unabhängigen und kritischen (Kriegs-) Berichterstattung.

Der Anlass für dieses Buch ist die 23. Sommerakademie des Österreichischen Studienzentrums für Frieden und Konfliktlösung (ÖSFK). Ziel des mehrtägigen Seminars, an der u.a. Friedensforscher, Militärs, Journalisten und Medienwissenschaftler teilnahmen, war es, den Zusammenhang von Medien und Krieg zu diskutieren. Das Ergebnis dieser Diskussionsrunden wurde in dem vorliegenden Buch zusammengefasst. Die verschiedenen Texte sind vier Themen zugeordnet: die Entwicklung der Kriegsberichterstattung und die Rolle der Journalisten; die Medien im „Krieg gegen den Terror“; die Rolle der Arabischen Medien und eine friedensjournalistische Berichterstattung.

Der erste Teil skizziert die Macht der Medien und macht deutlich, dass speziell Journalisten nicht nur als Kriegsberichterstatte, sondern als Teil des Kriegsapparats zu verstehen sind. Mira Beham zeichnet in ihrem Text „Kriegsberichterstattung – Vom Telegraf zum Echtzeitkrieg und Internet“ die Entwicklung der Medien nach. Ebenso geht Beham auf unterschiedliche Arten der medialen Beeinflussung durch den Staat ein. Sie

zitiert das Motto der US-amerikanischen Public Relations Agentur Rendon Group: „Information als Element der Macht“. Wer also Informationsmacht besitzt, so die Autorin, bestimmt die Vorstellungen der Bürger über kriegerische Ereignisse. Ebenso nennt Beham amerikanische Propagandatechniken, beispielsweise die Beeinflussung von Journalisten, damit diese die Welt polarisierend in „Gut und Böse“ unterteilen oder den Feind „dehumanisieren“, ihn als Bestie darstellen. Eine andere Technik ist, die Medien zur Selbstzensur anzuhalten, und zwar unter dem Deckmantel eines journalistischen Patriotismus. Die Macht der Bilder ist in diesem Zusammenhang substanziell, da sie bestimmte Darstellungen und Meinungen erzeugen oder verstärken können. Doch gleichzeitig hinterfragt Beham die Macht dieser auf Emotionalität abzielenden Wirksamkeit von Fernsehen und Bildern. Sie zieht in Zweifel, dass die US-Regierung im Vietnamkrieg den Rückhalt der eigenen Bevölkerung aufgrund der grausamen Bilder, die im Fernsehen und Zeitungen gezeigt wurden, verlor.

Heinz Loquai beschreibt in dem Beitrag „Sprache des Kriegs, Bilder des Kriegs – Medien als Kriegstreiber: Jugoslawien, Irak, Iran“ wie Medien zu Wegbereitern von Kriegen werden können. Der politische Weg zum Krieg ist asymmetrisch, mit Täuschungen und Lügen gespickt, um den Feind oder die eigene Bevölkerung zu verwirren oder zu überzeugen. In diesem Vorfeld, ebenso wie im Krieg selbst, können Medien Stimmungen erzeugen, die für den Beginn und Verlauf des Krieges initialisierend oder eskalierend sein können, so der Autor.

Der zweite Teil des Buchs widmet sich der Rolle der Medien im „permanenten Krieg gegen den Terror“. Jürgen Rose spricht in seinem Aufsatz „Strategische Manipulation von Medien durch das U.S.-Militär“ die Manipulation der Medien sowie die Instrumente der Propaganda an. Rose weist auf die Gefahr der Propaganda und Medieninstrumentalisierung gerade in Demokratien hin, da in diesen die Bevölkerungen auf die Notwendigkeit eines Krieges eingestimmt werden müssen, um der amtierenden Regierung den Rückhalt zu sichern. Als weitere Gefahren benennt Rose die Manipulation von Bildern oder Videos und gezielte Desinformations-

kampagnen. Als Beispiel führt er die „chirurgischen“ Luftangriffe während des Golfkriegs 1991 an, bei denen die Öffentlichkeit den Eindruck gewinnen sollte, die Bomben hätten mit absoluter Genauigkeit ausschließlich militärische Ziele getroffen. Weiterhin beschreibt Rose den „eingebetteten“ Journalisten, der in die U.S.-Streitkräfte integriert wird, Zugang zu bestmöglichen Bildern erhält. Im Gegenzug darf er aber nur zensuriert berichten, so dass die dem Militär genehmen Informationen veröffentlicht werden.

Im dritten Teil des Buchs „Arabische Medien und ihre Entwicklung seit der Jahrtausendwende“ wird die Rolle der Medien in der arabischen Welt angesprochen. Der Leser wird auf die erzwungene Selbstzensur der Medien hingewiesen und die so gut wie nicht vorhandene redaktionelle Unabhängigkeit von Zeitungen, Fernsehsendern, Internetseiten oder Radiosendern. Karin Kneissl beschreibt in ihrem Beitrag „Von der Hofberichterstattung zum Weblog – Die Medien in der islamischen Welt“, dass sich im Zuge der technologischen Entwicklung dennoch Möglichkeiten bieten, relativ freie Medien zu frequentieren. So entstand in der arabischen Welt die Chance, kritischere Fernsehsender zu empfangen. Durch das Satellitenfernsehen sind die Menschen nun in der Lage, Programme zu empfangen, die nicht der eigenen nationalen Zensur unterliegen. Das Internet ermöglicht es beispielsweise Jugendlichen im Iran und Irak, Demonstrationen in sogenannten „Weblogs“, eine Art öffentliches elektronisches Tagebuch, zu organisieren. Sie berichten ohne militärische, amerikanische oder irakische Zensur über den Alltag des Krieges, wie Kneissl feststellt.

Im Letzten Abschnitt des Sammelbands bezieht sich Nadine Bilke in ihrem Beitrag „Friedensjournalismus – Aufgaben einer konfliktintensiven Berichterstattung“ zunächst auf die Aufgaben der Medien bzw. Journalisten. Durch Fernsehen, Internet und Radio kann eine große Anzahl von Menschen erreicht werden. Berichtersteller liefern durch ihre Informationsvermittlung Deutungsmuster und bilden die Basis für Meinungs- und Willensbildungsprozesse der Bevölkerung. Die Arbeit des Journalisten, insbesondere die des Kriegsberichterstatters,

ist mit großer Verantwortung verbunden, da sie die Öffentlichkeit über die Art und Qualität der Berichterstattung in die eine oder andere Richtung beeinflussen kann. Bilke weist in diesem Zusammenhang auf den Friedensforscher Johan Galtung hin. Galtung kritisiert die gegenwärtige Berichterstattung von oder in Konflikten und bezeichnet sie als zu parteilich. Hinzu kommen eine unzureichende Konfliktanalyse der Journalisten sowie die Gefahr einer Eskalation durch die unkritische und einseitige Informationswiedergabe. Bilke wirft nun die Frage auf, wie ein sinnvoller Friedensjournalismus auszusehen habe. Journalisten müssten demnach den Weg zum Frieden im Auge behalten. Wahrheitssuche und Empathie müssten ihnen am Herzen liegen, genauso wie die Skizzierung und Untersuchung möglicher Konfliktlösungen. Allerdings, so schließt Bilke, sollten Journalisten zwar eigenverantwortlich einer journalistischen „Ethik“ folgen, doch richtet sich die Qualität und Freiheit einer journalistischen Arbeit nach dem Journalismus, den sich eine Gesellschaft leisten kann.

Das Buch liefert einen sehr guten Querschnitt der aktuellen Probleme, aber auch der Chancen der Medienberichterstattung. Es wird auf das Versagen eines Großteils der Medien hingewiesen, die mehr Opfer als objektive und eigenständige Akteure der Informationsmechanismen sind. Die besprochenen Probleme werden dem Leser nachvollziehbar in Bezug auf die Rolle der westlichen Medien in Kriegen, der Berichterstattung innerhalb des Heimatlandes, aber auch hinsichtlich der (Un-) Möglichkeiten der Berichterstattung in der arabischen Welt betrachtet.

Die gut lesbaren Beiträge verschaffen einen Überblick über die Machtmöglichkeiten und Instrumentalisierungsgefahren der Medien. Positiv hervorzuheben ist die Berücksichtigung der, in den etablierten Medien oftmals unterschätzten „Web-Blog’s“ und des laienhaften Internetjournalismus. Eine neue Art der Berichterstattung entsteht, die von Authentizität, Aktualität und Unabhängigkeit einer meist jungen Bewegung gekennzeichnet ist.

Trotz der vielen positiven Aspekte ist das Buch in einem Punkt zu kritisieren. Zum Begriff des Friedensjournalismus, der so explizit im Untertitel genannt wird, fehlt

eine wirklich ausführliche Beschreibung und eine kritische Auseinandersetzung. So hätte der Rolle des Friedensjournalisten bzw. der ausführlichen Darstellung des Ausdrucks „Friedensjournalismus“ ein weiteres Kapitel gewidmet werden können.

Alexander Frechen

**Kurt P.Tudyka, Die OSZE – Besorgt um Europas Sicherheit, Hamburg (merus verlag) 2007.**

Häufig wird darüber diskutiert, ob die OSZE in den internationalen Beziehungen von großer Bedeutung ist. Zur Beantwortung dieser Frage hilft die Lektüre dieses Buches, das sich mit Entstehung, Zielen, Struktur, Wirkung, Akteuren und Zukunftsperspektiven der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa beschäftigt.

Zunächst stellt der Autor die Entstehung der OSZE aus der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) dar. Er unterteilt hier die Geschichte der KSZE/OSZE in fünf Perioden. Die erste beginnt Anfang der 1960er Jahre, beinhaltet Entwürfe und Entscheidungen zur gesamteuropäischen Sicherheit unter Beteiligung der NATO und des Warschauer Pakts, und endet 1975 mit der Helsinki-Schlussakte. Die zweite Periode setzt er für die Zeit der drei Nachfolgekonferenzen zwischen 1977 und 1989 an, bei denen es darum ging, die Beschlüsse zu überprüfen und zu ergänzen, während er die dritte Periode als Zeit des „gesellschaftliche[n] Umschwung[s] in Ost-, Mittel- und Südosteuropa“ (S. 13) bezeichnet. Für die vierte Periode ab 1992 sieht er die Wende zur tatkräftigen Organisation als charakteristisch an, die durch die Missionen in den Konfliktregionen der ehemaligen UdSSR und des ehemaligen Jugoslawiens gekennzeichnet ist. Das Wirken unmittelbar in den betroffenen Ländern tritt also in den Vordergrund. Der letzte Zeitabschnitt reicht von 2000 bis in die Gegenwart. Tudyka sieht hier eher eine untergeordnete Rolle der OSZE gegenüber anderen Organisationen wie der NATO und der Europäischen Union.

Im Anschluss erörtert der Autor detailliert den Entstehungs- und Entwick-

lungsprozess der OSZE: Jedes Treffen der verschiedenen Gremien (u.a. des Ministerrates, des Wirtschaftsforums und der Parlamentarischen Versammlung) findet hierbei Beachtung und sowohl diese Zusammenkünfte als auch die Staaten, die den Amtierenden Vorsitz der Organisation innehaben, werden nach ihrem Erfolgsgrad beurteilt.

Im zweiten Kapitel legt der Autor die Ziele der OSZE dar. Grundlegend ergeben sich diese bereits aus dem Namen, also *Sicherheit und Zusammenarbeit*. Den Sicherheitsbegriff sieht er als umfassend an: „[...] also nicht nur auf eine militärpolitische, sondern auch auf je eine wirtschafts- und umweltpolitische und eine ‚menschliche‘ Dimension bezogen“ (S. 61).

Die Sicherheitspolitik der OSZE hat eine kooperative Verhaltensweise der Teilnehmerstaaten als wichtigste Grundlage. Weiterhin beruht sie auf folgenden zehn Prinzipien, die das Ziel *Sicherheit* näher erläutern und zu denen sich die Staaten mit der Unterzeichnung der Helsinki-Schlussakte bekannten: „1. Souveränität und Gleichheit, 2. Gewaltverbot, 3. Unverletzlichkeit der Grenzen, 4. Territoriale Integrität der Staaten, 5. Friedliche Regelung von Streitfällen, 6. Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, 7. Achtung der Grundfreiheiten und Menschenrechte, 8. Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker, 9. Zusammenarbeit zwischen den Staaten, und 10. Erfüllung völkerrechtlicher Verpflichtungen“ (S. 68). Die Bedeutung der Prinzipien werden von Tudyka nachstehend erläutert, wobei dem sechsten und siebten Prinzip am meisten Aufmerksamkeit zukommt, da sie in späteren OSZE-Dokumenten (Charta von Paris, Europäische Sicherheitscharta) stark erweitert wurden.

Tudyka geht nun noch einmal auf die Sicherheitsdimensionen ein und erläutert, welche Verträge und Dokumente er jeweils für einschlägig hält. Bezüglich der militärischen Dimension beziehen sich diese auf Abrüstung und „vertrauensbildende Maßnahmen“, wie zum Beispiel der KSE-Vertrag und der Vertrag über den Offenen Himmel. Die entsprechenden Dokumente für die wirtschaftlich-ökologische Dimension stammen von 1990 aus Bonn und 2003 aus Maastricht. Ersteres trifft Aussagen zu Gunsten einer

Marktwirtschaft und gegen Diskriminierung, das Zweite geht auf die „neuen ökonomischen und ökologischen Herausforderungen und Bedrohungen für die Sicherheit[...]“ (S. 79) ein. Hier stehen Umweltschutz und Nachhaltigkeit sowie wirtschaftliche Integration im Vordergrund. Zentral für die menschliche Dimension ist die Erklärung, dass Verpflichtungen die diese betreffen, nicht allein innerstaatliche Angelegenheiten sind. Hiermit wurde den anderen Staaten ein „Fenster zur Inspektion“ (S. 80) geöffnet. Als weitere wichtige Aspekte dieser Dimension sieht der Autor Reisefreiheit, Informationsfreiheit, freie und faire Wahlen, Rechtsstaatlichkeit, Roma und Sinti-Angelegenheiten sowie die Beziehungen zu den Nachbarn im Mittelmeerraum an.

Das dritte Kapitel widmet sich der Frage, wie die OSZE funktioniert. Hier werden Institutionen und Struktur erklärt. Zunächst werden die finanziellen und personellen Ressourcen aufgezeigt, anschließend auf die verschiedenen Gremien für Beratung, Verhandlung, Beschlussfassung sowie Ausführung und Operationen näher eingegangen.

Der Amtierende Vorsitzende ist gleichzeitig der Außenminister des vorsitzenden Landes. Dies sieht Tudyka ambivalent. Einerseits kann er die Reputation und den Einfluss, die dieses Amt mit sich bringt, auch für seine OSZE-Tätigkeit nutzen, andererseits kann es aber auch zu Interessenkonflikten und Überlastung der Person kommen.

Viel Aufmerksamkeit wird dem Amt des Hohen Kommissars für nationale Minderheiten geschenkt. Bereits im Geleitwort wird die Meinung kundgetan, dieser habe einen Friedensnobelpreis verdient, wenn seine Verdienste richtig gewürdigt würden (S. 6). Tudyka bezeichnet seine Aufgabe als „Vermittlungs-[...] und [...] Frühwarnfunktion“ (S. 111). Eine besondere Stärke liegt hier bei der Vertraulichkeit und Unauffälligkeit des Amtes, die den Parteien, fernab der Öffentlichkeit, die Kooperation erleichtert.

Im vierten Kapitel diskutiert der Autor, was die OSZE bewirkt hat. Er geht hierfür die drei Dimensionen einzeln durch und erläutert an dieser Stelle Begriffe genauer, mit denen er gearbeitet hat: etwa den Begriff „offener Himmel“ oder

die Aktivitäten der OSZE in den Krisenregionen. Die OSZE-Tätigkeiten vor Ort werden beschrieben und Tudyka stellt fest, dass die Präsenzen ähnliche Aufgaben erfüllen, auch wenn sie statt *Mission Büro* oder *Zentrum* genannt werden. Als erfolgreich wird etwa die Mission in Lettland angesehen, die auch als erste Mission überhaupt abgeschlossen wurde. In anderen Ländern gestaltete sich die Arbeit der Missionen schwieriger und die einschlägigen Konflikte konnten nicht gelöst werden. Hinzu kommt die Gefahr, dass die OSZE von nicht-demokratischen Regierungen als „Feigenblatt“ (S. 175) benutzt werden könnte, die beispielsweise durch das Zulassen von Beobachteraufgaben einen demokratischen Anschein erwecken wollen.

Dem Bereich „westlich von Wien“ (S. 208) wird weniger Aufmerksamkeit geschenkt, was daran liegt, dass die OSZE hier wenig aktiv war. Die Wahlbeobachtung und darauf folgende Kritik an den Präsidentschaftswahlen in den USA sowie die Beanstandung der Situation der Medienfreiheit in Italien sind zwei Beispiele, bei denen die OSZE aber auch hier tätig war.

Tudykas zusammenfassendes Urteil über das Wirken der OSZE fällt nicht eindeutig aus, zum einen hat sie zwar den Zerfall Jugoslawiens nicht verhindern können, aber in den neuen Staaten „[...] zur Wiedererlangung ziviler Verhältnisse beigetragen oder zumindest eine Perspektive dazu eröffnet.“ (S. 209)

Im fünften Kapitel soll aufgezeigt werden, „[w]er die OSZE beherrscht“ (S. 211). Finanziell übernehmen „[...] nur sechs [von 56] Mitglieder[n] weit mehr als die Hälfte der Kosten [...]“ (S. 213). Diese Länder sind „[...] Deutschland, Frankreich, Italien, das Vereinigte Königreich, die USA und die Russische Föderation.“ (S. 213) Als zweites Kriterium sieht er die Größe an, wobei er hier, neben den USA und Russland, die EU-Länder als dritten großen Akteur zusammenfasst. Die unterschiedlichen Präferenzen, das sich hieraus ergebende Handeln und die Konsequenzen für die OSZE werden in diesem Abschnitt spannend und gut nachvollziehbar analysiert.

Gesondert geht Tudyka auf die Rolle der Bundesrepublik Deutschland ein, indem er die Amtszeiten der Außenminister

von Genscher bis Steinmeier beurteilt. Insgesamt schätzt er die OSZE für die Bundesrepublik Deutschland als „pareto-optimales Terrain“ (S. 236) ein, das sie stärker „[...] als jenes der anderen Organisationen bespielen könnte[...]“ (S. 236).

Im Anschluss werden noch dem Einfluss der Nicht-Regierungsorganisationen, sowie dem Verhältnis zu Europarat und NATO je ein Abschnitt gewidmet, bevor der Autor zum letzten Kapitel übergeht, das von möglichen Zukunftsoptionen der OSZE handelt. Tudyka sieht hier im Wesentlichen zwei Möglichkeiten: zum einen, dass die OSZE in ihrer bisherigen Art und Weise bestehen bleibt, allerdings möglicherweise in verringertem Umfang ihrer politischen Tätigkeiten, zum anderen besteht die Chance einer Erweiterung in Richtung Asien und eine Schwerpunktsetzung auf den Sicherheitsaspekt. Aus der OSZE würde die „OSZ“ werden. Warum der Autor in seine Vergrößerungsüberlegungen grundsätzlich nur die Länder der „nördlichen Hemisphäre“ (S. 257) einbezieht, bleibt unklar.

Einige Ungenauigkeiten, wie die variierende Schreibweise der Stadt *Ljubljana*, hätten vermieden werden können. Das Buch enthält jedoch viel Wissenswertes, einerseits bezüglich der genannten Fakten, andererseits die Einschätzungen betreffend, die aus wissenschaftlicher Perspektive über Erfolg und Misserfolg der OSZE getroffen werden

Mariam Salehi

### **Natalia Springer, Zur Deaktivierung des Krieges. Zur Demobilisierung von Gesellschaften nach Bürgerkriegen, Baden-Baden (Nomos) 2008.**

Die Kriegführung hat sich seit Ende des Kalten Krieges gewandelt und genauso mussten sich die Maßnahmen wandeln, die zur Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration (EDR) der am Konflikt beteiligten Kombattanten herangezogen werden, um einen dauerhaften Frieden gewährleisten zu können. Auch wenn eine Wandlung der Kriegspraxis allseits beobachtbar und weitgehend anerkannt ist, ist solch eine Entwicklung bei EDR-Maßnahmen nicht zu beobachten. So lautet Natalia Springers Hauptthese in ihrem Buch „Die Deaktivierung des

Krieges. Zur Demobilisierung von Gesellschaften nach Bürgerkriegen“.

Unter neuen Konflikten versteht Springer innerstaatliche Konflikte. Diese sind vor allem durch eine Wandlung des Selbstverständnisses der am Konflikt beteiligten Kombattanten gekennzeichnet, die sich zu Soldaten, die an zwischenstaatlichen Konflikten beteiligt sind, im Wesentlichen durch drei Kriterien unterscheiden: Sie sind sehr dezentral organisiert, agieren oft gewalttätig gegen die eigene Bevölkerung und sind gleichzeitig stärker mit der Zivilgesellschaft verflochten. Darüber hinaus sind sie oft durch eine ökonomisch ausgerichtete Profitsuche einzelner Kombattanten und Kriegsherren charakterisiert. Dennoch ist Springer der Meinung, dass die Erscheinung solcher *neuer* und *informeller* Kombattanten nicht so neu ist, wie oft angenommen wird, und sich diese eher „in die lange Reihe der Söldner, Piraten, Nomaden, Dorfpatrouillen, Selbsthilfeverbände, Bürgermilizen und ähnlicher irregulärer und zeitweise mobilisierter Kämpfer ein[reihen], welche in der Vergangenheit die meisten Kriege ausgefochten haben“ (S. 22). Dennoch richten sie ihre Ziele, Methoden und personelle Zusammensetzung wie selten zuvor an den jeweiligen Rahmenbedingungen aus und deshalb muss bei einer EDR-Maßnahme besonderes Augenmerk auf die Bedürfnisse solcher neuer und informeller Kombattanten gelegt werden, um erfolgreich zu sein. Darüber hinaus hat eine, von einem innerstaatlichen Konflikt betroffene Gesellschaft als Ganzes aber auch mit Herausforderungen und Problemen zu kämpfen, die Gesellschaften, die in zwischenstaatliche Konflikte involviert sind, in dieser Art nicht erfahren. Die Gesellschaften werden von tiefem Misstrauen zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen oder Ethnien gespalten. Auch sind staatliche Behörden oft an Menschenrechtsverletzungen gegen die eigenen Bürger beteiligt, weshalb sich eine umfassende Reform des staatlichen Sicherheitssektors im Zuge der Friedenskonsolidierung empfiehlt. Ebenso kann ein unilaterales Vorgehen der Siegerpartei nach einem innerstaatlichen Konflikt durch die Fokussierung auf individuelle Interessen zu schwerwiegenden Planungs- und Kontrollfehlern der EDR-

Maßnahmen und damit zu einer Gefährdung des Friedensprozesses führen.

Deshalb muss ein neuer Ansatz innerhalb von Entwaffnungs-, Demobilisierungs-, und Reintegrationsprozessen, der den Herausforderungen von innerstaatlichen Konflikten gerecht werden will, mehr sein, als eine Durchsetzung von rein administrativen und militärischen Verfahren. Er muss als ein vielseitiger, interdisziplinärer und langfristiger Prozess verstanden werden, der auch ökonomische und soziale Aspekte mit einbezieht und dadurch am Abbau „derjenigen gesellschaftlichen Strukturen [orientiert sein muss], die den Krieg oft erst ermöglicht haben“ (S. 23 f.). Natalia Springer setzt sich in ihrem Buch das ehrgeizige Ziel, sowohl die traditionelle und gegenwärtig angewendete Praxis von EDR-Maßnahmen darzustellen und an konkreten Fallbeispielen deren Schwachstellen aufzuzeigen als auch neue Formen der innerstaatlichen Konfliktbewältigung vorzustellen. Zu diesem Zweck erläutert sie zuerst die geschichtliche Entwicklung von EDR-Maßnahmen von der Antike bis heute. Wichtige Erfahrungen und Probleme, die EDR-Maßnahmen mit sich bringen können, wurden vor allem seit der Französischen Revolution und der Einführung der Wehrpflicht in Frankreich gemacht: Demobilisierte Kombattanten können sich durch die mit der Demobilisierung einhergehenden Unzufriedenheit schnell zu einer den Friedensprozess gefährdenden, destabilisierenden Macht wandeln. Der Einfluss von Kriegshandlungen auf die psychische Gesundheit von Kombattanten und der Zivilbevölkerung wurde in voller Tragweite während der beiden Weltkriege sichtbar. Durch den technischen Fortschritt entwickelten sie im Gegensatz zu allen vorangegangenen Kriegen ein ungleich höheres Gewaltpotenzial und die Auswirkungen der Zerstörungen auf eine Gesellschaft wurden so offensichtlich wie nie zuvor. Die den beiden Weltkriegen folgenden Stellvertreterkriege und innerstaatlichen Konflikte zeigen darüber hinaus, dass eine erfolgreiche Demobilisierung und Reintegration von Kombattanten und damit ein stabiler Frieden wesentlich von der Akzeptanz des Konflikts und der in dessen Rahmen begangenen individuellen

Taten der Kombattanten durch die Bevölkerung abhängen.

Wie Maßnahmen zur Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration – also die Abgabe von Waffen, die formale Entlassung aus der Armee und die Rückkehr in das Zivilleben – ablaufen können, beschreibt Springer in weiteren Kapiteln. Dabei legt sie viel Wert darauf, Planungs- und Durchführungsprobleme hervorzuheben und diese an konkreten Fallbeispielen, u. a. aus Bosnien und Herzegowina, Angola oder Sri Lanka zu erläutern. Dieses Vorgehen zeigt dem Leser, dass EDR-Maßnahmen meist in bester Absicht geplant werden, aufgrund logistischer, personeller, zeitlicher und finanzieller Probleme aber vielfach keine befriedigenden Ergebnisse erreicht werden. Grundsätzlich können EDR-Maßnahmen auf vier verschiedene Arten ablaufen: sie können von dem betroffenen Staat alleine durchgeführt werden, der Staat kann sich durch bilaterale Abkommen die Unterstützung dritter Akteure sichern (einzelnen Regierungen, internationalen Organisationen oder NGOs), es können regionale Sicherheitssysteme um Unterstützung gebeten werden (z.B. NATO) oder aber auch multinationale Operationen unter Beteiligung der UNO stattfinden. Vor allem bei Letzterem zeigen sich deutlich die Probleme, mit denen, glaubt man Springer, fast jede EDR-Maßnahme zu kämpfen hat: Sie stehen vor den Herausforderungen einer Vielzahl von Akteuren mit individuellen Interessen, dem Fehlen einer zentralen Entscheidungsinstanz, oft unrealistischen und knapp bemessenen Zeitrahmen und fehlenden finanziellen Ressourcen.

Bei allen Maßnahmen steht für Springer die Wiederherstellung von Vertrauen zwischen den Bevölkerungsgruppen sowie gegenüber dem Staat im Mittelpunkt. Die Bewaffnung der Zivilbevölkerung, die oft unweigerlich die Folge eines innerstaatlichen Konflikts ist, ist oft eine direkte Konsequenz der staatlichen Unfähigkeit, Sicherheit für die Bürger zu garantieren. Entwaffnungsmaßnahmen dürfen sich daher nicht auf am Konflikt beteiligte Kombattanten beschränken, wie dies in der Praxis häufig der Fall ist, sondern müssen versuchen, Waffen aus der gesamten Gesellschaft abzuführen. Die für die Autorin wichtigste Maßnahme der Friedenskonsolidierung einer

Gesellschaft ist die Reintegration ehemaliger Kombattanten. Sie verzichtet dabei bewusst auf den Begriff der Wiedereingliederung, da dieser die Rückführung einzelner Elemente in ein existierendes und funktionierendes System impliziert, während der Begriff der Reintegration die Wiederherstellung eines ganzen Systems – also der ganzen Gesellschaft – erfasst. Damit dürfen sich auch die Reintegrationsmaßnahmen nicht auf ehemalige Kombattanten beschränken, sondern sollen alle Teile der Bevölkerung und deren oft durch den Konflikt zerstörten ökonomischen Lebensgrundlagen individuell berücksichtigen.

Im letzten Kapitel fasst Springer die Ergebnisse zusammen und baut darauf ihren umfassenderen Ansatz auf. Sie schlägt dazu die Umwandlung der Streitkräfte in Friedenstruppen durch den jeweiligen Staat vor, die aktiv zu einem Wiederaufbau des Landes beitragen sollen. Eine landesweite Amnestie zur Überwindung der konfliktreichen Vergangenheit der Gesellschaft soll möglichst vermieden werden, da diese nach Ansicht der Autorin kontraproduktiv für die gesellschaftliche Konfliktbewältigung ist. Während die Kombattanten zum Zweck der Entwaffnung registriert werden, soll gleichzeitig eine individuelle Evaluierung möglicher, im Konflikt begangener, strafrechtlich relevanter Taten von einer unabhängigen Ad-hoc-Kommission vorgenommen werden. Individuelle juristische Folgen für den einzelnen Kombattanten sollen durch Kooperationsbereitschaft mit den Behörden gemildert werden. Dadurch wird für die Kombattanten einerseits ein Anreiz für eine Zusammenarbeit mit den Behörden geschaffen, andererseits bieten die Informationen die Basis für weitere Strafverfolgungen durch die Behörden. Anstatt die Betroffenen ihre Strafen in Gefängnissen absitzen zu lassen, sollen sie weiterhin in einer militärischen Struktur eingebunden werden, in der sie gemäß ihrer Fähigkeiten Aus- und Weiterbildungen in bestimmten, für den Wiederaufbau relevanten Bereichen, erhalten (z.B. Minenräumung) und damit einerseits ihren Beitrag zu einem Wiederaufbau, andererseits aber auch eine Form der Wiedergutmachung für ihre während des Konflikts begangenen Taten an der Gesellschaft leisten. Solch ein Programm enthält zwei wesentliche

Anreize, um ehemaligen Kombattanten zur Teilnahme zu bewegen: erstens soll ein Großteil des Soldes, der den Kombattanten zusteht, als Unterstützung direkt an deren Angehörige ausgezahlt werden und zweitens kann der Kombattant die durch das Programm erworbenen Fähigkeiten auch bei einer endgültigen Rückkehr ins Zivilleben einbringen. Da sich der Wiederaufbauprozess eines krisengebeutelten Landes meist über Jahrzehnte erstreckt, hat er eine realistische Chance, eine neue ökonomische Lebensgrundlage aufzubauen. Darüber hinaus ist der Staat durch die Ausbildung eigener *Wiederaufbauspezialisten* nicht dauerhaft auf den Zukauf internationaler Unterstützungsleistungen während des Wiederaufbauprozesses angewiesen.

Durch ihre klare Strukturierung der einzelnen Kapitel, die sie bis zum Ende durchhält, ist es Natalia Springer gelungen, einen gut lesbaren und verständlichen Einblick in die Praxis von Entwaffnungs-, Demobilisierungs- und Reintegrationsmaßnahmen zu geben. Auch wenn Teile des Buches an eine Checkliste erinnern, die die nötigen Planungsschritte einzelner Maßnahmen erläutern, ist es ihr durch die konkreten Fallbeispiele gelungen, den Leser nicht von der Lektüre des Buches abzuschrecken. Springer wird in ihrer Arbeit zwar dem Titelthema gerecht, zusätzlich wäre aber sehr zu wünschen gewesen, dass sie stärker auf die Auswirkungen von innerstaatlichen Konflikten auf besondere Gruppen wie Frauen, Kindersoldaten oder Verwundete eingeht.

Martina Söll

**Eduard Schewardnadse, Als der eiserne Vorhang zerriss. Begegnungen und Erinnerungen. Aus dem Georgischen von Nino Sologashvili und Alexander Kartozia (Peter W. Metzler Verlag) Duisburg 2007.**

Im Herbst 2007 erschien das autobiographische Werk des letzten sowjetischen Außenministers und ehemaligen georgischen Präsidenten Eduard Schewardnadse in deutscher Sprache. Das Projekt konnte der kleine in Duisburg ansässige *Peter W. Metzler Verlag* für sich gewinnen. Dieser vermochte mit Hilfe der ausge-

zeichneten georgischen Übersetzer und wissenschaftlichen Redakteure *Nino Sologashvili*, *Alexander Kartoziya* (ehemaliger Bildungsminister Georgiens) und *Peter Alter* ein gelungenes und sehr ansprechendes Buch herauszugeben. Ihre umfangreichen wissenschaftlichen Nachrecherchen führen letztlich auch zu dem Umstand, dass diese aktualisierte und erweiterte Ausgabe mit der 2006 in Tiflis erschienenen Originalfassung „*Pikri Tsarsulsa da Momawalze – Memuarebi*“ im positiven Sinne nicht mehr zu vergleichen ist. Das Buch wurde mit einer Reihe von Fußnoten versehen, und auch an ein Personenregister wurde erfreulicherweise gedacht. Besonders passend ist auch der Umstand, dass für die deutsche Fassung Schewardnadses langjähriger und enger Freund Hans-Dietrich Genscher ein Geleitwort für das Buch schrieb.

Erst seit wenigen Monaten auf dem deutschen Markt, könnte und sollte gerade jetzt das Interesse für sein Buch steigen, denn am 25. Januar 2008 wurde Schewardnadse 80 Jahre alt. Ein guter Zeitpunkt also, um sich mit den Erinnerungen jenes Politikers auseinanderzusetzen, dem die Deutschen unter anderem wegen seines entscheidenden Engagements bei der Wiedervereinigung Deutschlands dankbar sind. Darüber hinaus bleibt Eduard Schewardnadse in Deutschland jedoch weitestgehend ein Unbekannter. Seine als Außenminister der Sowjetunion äußerst komplizierte Beziehung zu Michail Gorbatschow, dem letzten Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU wird hier erstmals offen dargelegt. Auch über Schewardnadses Zeit als Präsident des noch jungen unabhängigen Georgiens war in Deutschland bisher nur wenig bekannt. Entsprechend überrascht wurden im Herbst 2003 die gegen ihn gerichteten Vorwürfe im Rahmen der georgischen Rosenrevolution von deutscher Seite aus wahrgenommen. Die nun in deutscher Sprache vorliegenden Aufzeichnungen Schewardnadses bieten also die Möglichkeit, sich intensiver mit seiner Politik und seiner Denkweise befassen.

Seine Amtszeiten als Außenminister der Sowjetunion und als Präsident Georgiens bilden den inhaltlichen Schwerpunkt sowie – wenn auch mehrmals durchbrochen – den Gliederungsrahmen des Buches. Da es sich nicht um seine umfas-

sende Autobiographie, sondern vielmehr um die Darstellung einiger wesentlicher und entscheidender Episoden seines politischen Lebens sowie weiterer mal mehr, mal weniger aufschlussreicher Anekdoten handelt, ist der deutsche Untertitel „*Begegnungen und Erinnerungen*“ treffend gewählt.

Schewardnadse beginnt mit einer Beschreibung der letzten Wochen seiner Präsidentschaft im Herbst 2004. Damals wurde er im Zuge der sogenannten Rosenrevolution schließlich zum Rücktritt gezwungen. Es folgt eine kurze Darstellung seines Lebens im Ruhestand. Das erste Kapitel ist den persönlichen Glanzlichtern seiner politischen Karriere gewidmet, darunter der Aufbau guter Beziehungen zu Indira Gandhi und die Förderung georgischer Juden in Israel bzw. die Ausreise auswanderungswilliger georgischer Juden nach Israel. Auch seiner damals vor allem von den ethnischen Minderheiten in Georgien stark kritisierten öffentlichen Taufe durch den georgisch-orthodoxen Patriarchen Ilia II. widmet er hier mehrere Seiten. Darauf folgen vier Kapitel, die sich mit den letzten Jahren der Sowjetunion befassen. In diesen behandelt er vor allem die in seiner Funktion als sowjetischer Außenminister maßgeblich von ihm mitgetragenen Entscheidungen weltpolitischer Bedeutung wie den Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan, die Wiedervereinigung Deutschlands und schließlich die Beendigung des Kalten Krieges. Schewardnadses Ausführungen ist anzumerken, dass er mit vielen damals in Moskau getroffenen Entscheidungen nicht einverstanden war. Der Konflikt zwischen ihm und Gorbatschow spitzte sich zu („Zu dieser Zeit spürte ich bereits, das Gorbatschows Beziehung zu mir nicht mehr so wie früher war. Die Beziehung erkaltete. Er mied mich, weil ihn meine wachsende Autorität und Popularität offenbar beunruhigte. Nach meinem Rücktritt gab er zu, dass er mich zum Vize-Präsidenten ernennen wollte. Genauer gesagt wollte er mich aus der aktiven Politik entfernen.“, S. 104.).

Unterstützung und Rückhalt suchte er zunehmend bei westlichen Politikern und Freunden. Immer wieder lässt er Direktzitate einfließen, in denen hochrangige Politiker wie Richard Nixon („... Sie haben jede Eigenschaft, um in der

gegenwärtigen Politik eine entscheidende Rolle zu spielen.“, S. 87), Bill Clinton („Ich erinnere mich an den Tag, als Sie Ihren Rücktritt vom Amt des Außenministers erklärten. Da stand ich vor dem Bildschirm und habe Ihnen applaudiert.“, S. 88), oder James Baker („Sie hatten den Mut, den Prozess zu beginnen, der die Völker dieses Staates unbedingt zu Glück und Gedeihen führt.“, S. 207) sich lobend über ihn und seine politische Ausrichtung äußerten. Nicht jedes dieser Zitate wäre im Buch nötig gewesen. Andererseits vermitteln sie einen guten Eindruck in die Gefühlswelt eines vormals auf weltpolitischer Bühne agierenden Politikers, der sich letztlich nur aufgrund äußeren Drucks aus der aktiven Politik verabschiedete, und nun nachträglich die Bestätigung dafür sucht, dass seine Entscheidungen international stets positive Resonanz fanden. Es fällt Schewardnadse sichtlich schwer, Fehler in seiner Politik einzugestehen und den Schmerz über seinen erzwungenen Rückzug zu verbergen.

Im März 1992 kehrte Schewardnadse schließlich in seine Heimat Georgien zurück. In den letzten Kapiteln berichtet er von seinem gespannten Verhältnis zum ersten Präsidenten Georgiens Swiad Gamsachurdia und anderen Politikern, die damals die Politik Georgiens bestimmten. Unter Gamsachurdia war das Land in einen Bürgerkrieg geschlittert; der noch junge souveräne Staat wurde bereits als „failed state“ gehandelt. Unter Schewardnadse brachen die Konflikte mit Abchasien und Südossetien endgültig aus. Russland ist laut Schewardnadse Hauptverantwortlicher für diese ethno-politischen Kriege („Wie will man Unglückliche trösten? Man kann ihnen doch nicht zu erklären versuchen, dass sie ein – ja, das wievielte? – Opfer des großen politischen Spiels des russischen Imperiums geworden sind.“, S. 322f.). Die Konfliktursachen und Kriegsschuld auf georgischer Seite behandelt Schewardnadse of nur am Rande. Zitate belegen mehrheitlich den Unwillen der abchasischen und südossetischen Seite mit Georgien zu kooperieren, vor allem weil sie von Russland gestützt würden. Außerdem werden nicht alle Zahlen und Daten von Schewardnadse ausreichend belegt. Das damalige Georgien fühlte sich bei der Auseinandersetzung mit

Russland um Abchasien und Südossetien vom Westen weitestgehend im Stich gelassen. Dieses Gefühl wiederum vermag Schewardnadse treffend darzulegen. Vor allem das schwierige Verhältnis zwischen Russland und dem seit 1992 unabhängigen Georgien thematisiert er in einem separaten Kapitel („An der russischen Politik hat sich seit Jahrhunderten nichts geändert. Der Stil der russischen Politik, die auf Wortbruch, Vertragsmissachtung und Hinterhältigkeit beruht, bleibt dieselbe.“, S. 330); ebenso die drei gegen ihn verübten Attentate während seiner Präsidentschaft.

Im Anhang findet sich schließlich der Abdruck eines Vortrags Schewardnadses, den er 2004 in München hielt, und der sich mit dem Terrorismus befasst, laut Schewardnadse die „Geißel unserer Zeit“. Bereits weiter vorne im Buch wird deutlich, dass in Schewardnadses Denken die Konflikte in Abchasien, Südossetien, aber auch in Tschetschenien als Vorläufer des Terrorismus vom 11. September zu sehen seien; der wiederholte Versuch also, verstärktes internationales Engagement für die bis heute ungelösten Konflikte in Georgien einzufordern („Trotzdem wurde ich das unangenehme Gefühl und die Unruhe nicht los, dass die großen Staaten nicht imstande waren, die Keime einer bösen Gefahr in den Ereignissen wahrzunehmen – jene Keime, die als der 11. September 2001 sowie die höllische Aktion von Beslan im September 2004 heranreifen sollten.“, S. 315). Das Buch endet mit einem „Brief an die Nachwelt“, in dem er unter anderem seine Hoffnung äußert, dass die zukünftigen Politikergenerationen Georgiens sein Buch als Denkanstoß sehen, um vor allem die politische Relevanz des global gesehen kleinen und demographisch wohl noch weiter schrumpfenden Staates Georgien stets realistisch einschätzen und sich entsprechend langfristig für den Fortbestand Georgiens einsetzen.

Trotz überaus interessanter Einblicke in das politische Leben Eduard Schewardnadses ist das Buch keine einfache Lektüre. Der äußerst subjektive Stil, geprenkelt mit Anekdoten und sich zuweilen auf Andeutungen beschränkende Einschätzungen politischer Ereignisse, ist, ohne die Hinzuziehung weiterer wissenschaftlicher Literatur nur schwer verständlich und kritisch zu beurteilen.

Schewardnadse erklärt in seinem Vorwort die Objektivität zwar zum obersten Ziel seines Buchs und konnte bei der Recherche wohl auf zahlreiche Dokumente aus dem Archiv des Außenministerium der Sowjetunion zurückgreifen, entstanden ist dennoch ein immer wieder die eigene Person und die eigenen Entscheidungen bestätigendes Werk, fern jeglicher Selbstreflexion. Um dies als Leser jedoch erkennen und durchschauen zu können, sind Grundkenntnisse der dargelegten Materie nötig. Dies gilt sowohl für die Kapitel über Schewardnadses Zeit als Außenminister der Sowjetunion als auch über seine Präsidentschaft in Georgien.

Alles in allem ist mit der deutschen Ausgabe also ein für die Fachwelt durchaus gelungenes und mit seinen Abbildungen sehr ansprechendes Buch entstanden.

Marietta S. König

**Richard Rhodes, *Arsenals of Folly. The Making of the Nuclear Arms Race*, New York, (Alfred A. Knopf) 2007.**

Richards Rhodes' neueste Monographie ist der dritte Band einer geplanten Tetralogie mit dem Titel „The Making of the Nuklear Age“ über die Geschichte der Nuklearwaffen. Die Reihe umfasst neben der viel beachteten Publikation „Dark Sun: The Making of the Hydrogen Bomb“ (1995) auch das Werk, für das er den Pulitzer-Preiserhalten hat: „The Making of the Atomic Bomb“ (1986).

Im vorliegenden Band beschreibt Rhodes die Entwicklung des nuklearen Wettrüstens von den Atombombenabwürfen 1945 bis zur Auflösung der Sowjetunion 1991 mit dem Schwerpunkt auf der Ära Reagan und Gorbatschow. Rhodes beginnt seine historische Darstellung mit einer detaillierten Schilderung der Vorgänge, die sich unmittelbar im Anschluss an die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl am 26. April 1986 abspielten. Mit teilweise bis dahin unveröffentlichtem Quellenmaterial aus eigenen Interviews zeichnet er ein genaues Bild der Improvisation bei der Bekämpfung der Folgeschäden vor Ort und den damaligen Handlungsmotiven der Entscheidungsträger in Minsk und Moskau. Das Kapitel schließt zum einen mit den weit reichenden po-

litischen und gesellschaftlichen Konsequenzen aus Tschernobyl als Zerreißprobe zwischen dem kurze Zeit vorher initiierten „Neuen Denken“ der *Glasnost* und den alt-immanenten Verschleierungstendenzen des geschlossenen Sowjetsystems. Zum anderen werden die persönlichen Folgen für den neuen Generalsekretär Gorbatschow beschrieben, der aus dem massiven Schaden und den hohen Opferzahlen des Reaktorunfalls schließt, dass ein um ein Vielfaches zerstörerischer Atomkrieg niemals geführt werden dürfe.

In den zwei folgenden Kapiteln gibt Rhodes eine Zusammenfassung des politischen Aufstiegs des späteren Generalsekretärs der KPdSU Michail Gorbatschow. Aus der südwestlichen Provinz Stawropol stammend, machte dieser sich dort bald einen Namen als fähiger Parteifunktionär für landwirtschaftliche Fragen. Als Protegé des KGB-Chefs und späteren Generalsekretärs Yuri Andropow stieg er in den 1970er Jahren bis ins Politbüro und nach dem Tod Konstantins Tschernenkos zum zweitjüngsten Generalsekretär der Sowjetunion auf.

Im zweiten Teil des Buches wendet sich Rhodes der Geschichte des Wettrüstens zu. Er schildert in den folgenden Kapiteln die Überlegungen der strategischen Planer, wie die neue Waffe überhaupt eingesetzt werden sollte und stellt mit Blick auf die USA die Handlungsmotivation von Militärs und Politik sowie deren interne Auseinandersetzung über militärischen Bedarf und Rüstungsbegrenzung dar. Ausführlich geht er dabei auf die Rolle ausgewählter Personen in politischen Planungsgruppen und *Thinktanks* ein, die schon früh „threat inflation“ (S. 104) als politisches Instrument entdeckten und später Keimzellen für Protagonisten der neo-konservativen Bewegung wurden – wie Richard Perle, Dick Cheney und Donald Rumsfeld. Der Autor schildert außerdem ausführlich die Problematik des militärisch-industriellen Komplexes beider Seiten, dessen Einfluss die Rüstungsausgaben bis auf ein exorbitantes 1000-Milliarden-Dollar-Programm unter Präsident Reagan ansteigen ließ und auf sowjetischer Seite fast die Hälfte des jährlichen Staatshaushalts verschlang. Die immer wieder aufgezeigte Beförderung des Wettrüstens durch diese Gruppen ist für Rhodes da-

bei der Kernpunkt seiner Argumentation, wie er in einem Zitat von Robert Gates zum Ausdruck bringt: „...the internal negotiations in both our government and the Soviets were probably tougher and dirtier than between the two countries“ (S. 114). Um Entscheidungen der verfeindeten Seiten nachvollziehbar zu machen, geht Rhodes immer wieder auf die Frage der gegenseitigen Wahrnehmung ein – eine notwendige Betrachtung, da Missverhältnisse zwischen Intension einer Entscheidung und Wahrnehmung durch die Gegenseite die beiden Länder zweimal – durch die Kuba-Krise 1962 und durch die NATO-Übung *Able Archer* 1983 – an den Rand eines Krieges gebracht haben. In den letzten Kapiteln des zweiten Teils vertieft sich der Autor in eine Betrachtung der Denk- und Handlungsweise von Präsident Ronald Reagan, der mit fundamentalistisch-antisowjetischer Rhetorik ein Wiedererstarken des Ost-West-Gegensatzes mit zu verantworten hatte, sich gleichzeitig auserwählt sah, den Kalten Krieg zu beenden.

Der dritte und letzte Teil unter dem von der Palme-Kommission geprägten Titel „Common Security“ (S. 185) widmet sich der Wiederaufnahme von Rüstungskontrollverhandlungen und der schnellen Annäherung der beiden Supermächte nach der Ernennung Gorbatschows zum Generalsekretär der KPdSU. Gorbatschows „Neues Denken“ entspringt, wie der Autor aufzeigt, zu großen Teilen den Friedensinitiativen der europäischen Sozialdemokraten der ausgehenden 1970er Jahre, hinter denen sich unter anderem Namen wie Willy Brandt, Egon Bahr und Olaf Palme verbergen. Rhodes geht in diesem Teil ausführlich auf die Gipfeltreffen zwischen Reagan und Gorbatschow in Genf (1985) und Reykjavik (1986) ein und beschreibt deren Ringen um nukleare Abrüstung und um den großen Stolperstein, die von Reagan erbittert verteidigte „Strategic Defense Initiative“. Im Zuge dieser Auseinandersetzungen rekonstruiert Rhodes im vorliegenden Buch aus Aussagen von Zeitzeugen und den Erinnerungen Reagans und Gorbatschows die Entwicklung der persönlichen Beziehung zwischen den beiden Hauptprotagonisten. Der steinige Weg zu den ersten wirklichen Abrüstungsvereinbarungen im INF-Vertrag und KSE-Vertrag sowie im START-

Abkommen der späten 1980er und frühen 1990er Jahre wird von Rhodes mit detaillierten Hintergrundinformationen beschrieben, die sowohl den Widerstand aus dem neo-konservativen US-Lager berücksichtigen als auch die, gegen den Willen des sowjetischen Militärs durchgeführten, unilateralen Abrüstungsinitiativen Gorbatschows. Rhodes schließt mit einer Zusammenfassung der finanziellen und politischen Kosten des Wettrüstens, die letztendlich zum Zerfall des maroden Sowjetsystems führten. Für die USA, argumentiert Rhodes, bleiben die Folgen der Rüstungsausgaben in einer bis heute nachwirkenden, umfassenden Verschlechterung der zivilen Infrastruktur sichtbar.

Rhodes 386 Seiten umfassendes Buch ist dank seines leicht verständlichen, flüssigen Schreibstils angenehm zu lesen. Teilweise verwirrend wirken die zeitlichen und inhaltlichen Sprünge innerhalb der Kapitel. Der Gliederung des Buches könnte stringenter sein. Aus dem Zusammenhang fällt der erste ausführliche Teil zum Reaktorunglück in Tschernobyl. Zwar erbringt das Kapitel mit vom Autor selbst eingeholten Aussagen von Zeitzeugen einen wichtigen Beitrag zur sowjetischen Zeitgeschichte, in einem Buch über nukleares Wettrüsten ist es jedoch zu umfangreich. Auch der detaillierte Werdegang Gorbatschows trägt nur wenig zur Gesamtargumentation des Buches bei. Die umständlich gehandhabten Endnoten, fördern zwar die Lesbarkeit des Textes, erschweren aber andererseits dessen wissenschaftliche Verwendung.

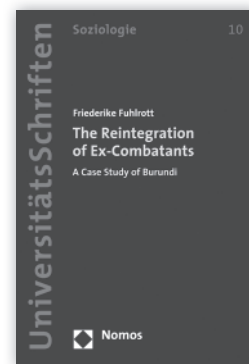
Das durchweg allgemein gehaltene Niveau zeichnet das Buch für ein breites nicht-wissenschaftliches Publikum aus, bleibt aber dank seiner Fülle an Details und teilweise bisher unveröffentlichter Quellen auch für die Politik- und Geschichtswissenschaft interessant. Alle Lesergruppen profitieren von der anschaulichen und mit weit reichenden Hintergrundinformationen versehenen Darstellung des Konflikts. Rhodes erlaubt dadurch einen tiefen Einblick in das militärische und politische Denken der Entscheidungsgremien und fördert das Verständnis der Handlungsrationalen beider Regierungen sowie der dahinter agierenden Militärs und *Thinktanks*. Die zusätzliche Verbindung häufig genannter

Personennamen und Begriffe mit Bildern verstärkt diese Anschaulichkeit weiter. Rhodes erschließt mit der Verbindung von eigenen Quellen, Aussagen beider Seiten und anerkannter historischer Literatur neue Zusammenhänge, die dem Buch eine hohe wissenschaftliche Bedeutung verleihen.

Zusammenfassend gewährt „Arsenals of Folly“ einen tiefen Einblick in die Hintergründe des nuklearen Wettrüstens und zeigt beispielhaft Handlungszusammenhänge und Entscheidungsvorgänge innerhalb der beiden Epizentren des Kalten Krieges auf.

Leonard Wahl

## After the Civil War



### The Reintegration of Ex-Combatants

A Case Study of Burundi

Von Friederike Fuhlrott

2008, 249 S., brosch., 49,- €,

ISBN 978-3-8329-3654-9

(Nomos Universitätschriften – Soziologie, Bd. 10)

Das Werk zeigt Faktoren auf, die die Reintegration von Ex-Kombattanten nach einem Bürgerkrieg beeinflussen. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der sozialen und ökonomischen Wiedereingliederung und wird anhand des Nachkriegs-Burundi untersucht. Perspektiven der Zivilbevölkerung werden dabei ebenso berücksichtigt wie die der ehemals Kämpfenden.



Nomos